

Alternative: entweder die Parteien sind unzufrieden mit der von ihnen gebildeten Regierung und sie kürzen das Kabinett, oder sie haben die Pflicht, den Ministern als ihren Führern Gehorsam zu leisten.

Alles andere ist grober Unfug; auch der Vortritt, der jetzt um den Begriff der Koalition im Gange ist. Da fordern seit einiger Zeit die Zentrumsblätter und auch Organe der Deutschen Volkspartei die Beilegung der letzten „ungebundenheit“ der Parteien durch den Abschluss einer festen Koalition mit der Begründung, daß sowohl die Reparationsverhandlungen wie die Erledigung des Staats eine einheitliche, feste und zielbewusste Regierungsführung notwendig machen.

Handen. Allen Anweisungen zum Trotz haben wir eben doch eine Regierung der Großen Koalition. Und ob ihre einzelnen Teile es wollen oder nicht, ob sie sich mehr oder weniger an dieses Gedächtnis gebunden fühlen: im Urteil der Öffentlichkeit werden sie von der Verantwortung für den Haushalt für 1929 und die Deckung seines Defizits nicht entlastet werden.

Wenn die Regierung und ihre Parteien das nicht begreifen wollen, dann wird es Aufgabe der Opposition sein, ihnen den Sinn des Parlamentarismus einzuhämmern. Die Gelegenheit dazu wird sich aus dem Gang der Dinge von selbst ergeben; denn es scheint die uneingeschränkte Absicht der Regierung zu sein, den Etat und die neuen Steuerpläne mangels einer Einheit in den Regierungsparteien mit wechselnden Mehrheiten, also zum Teil mit Hilfe der Opposition, durchzuführen. Demgegenüber erklären die Deutschnationalen, daß sie sich zu solchen Wandern nicht hergeben werden. Sie kündigen Opposition im ganzen an, gegen die Finanzvorlagen, gegen die Regierung, gegen die Mehrheit. Damit wird Klarheit geschaffen. Die Mehrheitsparteien werden gezwungen, entweder zusammenzuhalten und klare Entscheidungen zu treffen oder die Verantwortung für eine Regierungskrise zu übernehmen.

Flugzeughilfe im Wattenmeer

Berlin, 17. Jan. Nachdem ebenso, wie im vorigen Jahr, der Dampferverkehr zwischen der südlich Westerland gelegenen Nordseeinsel Pellworm und dem Festland infolge Vereisung des Wattenmeeres eingestellt werden mußte, hat die Deutsche Luft Hansa heute auf Wunsch des Oberpräsidenten in Kiel und auf Veranlassung der Ministerien zum ersten Male ein Flugzeug von Flensburg nach Pellworm entsandt, um die Bewohner mit den notwendigen Lebensmittel und Postfachen zu versorgen. Sofern die Windverhältnisse eine Landung auf der Insel nicht gestatten, werden die Sendungen vermittels Fallschirm abgeworfen. Andernfalls wird die Maschine in Westerland landen, um für den Transport bestimmte Sendungen in Empfang zu nehmen. Im ganzen sind einwöchentlich 50 Flüge im Monat vorgesehen.

Die Befahrung des Dampfers „Balka“ gerettet

Amsterdam, 17. Jan. Die aus 26 Mann bestehende Besatzung des südwestlich von Hoek van Holland gestrandeten Dampfers „Balka“ ist von dem Rettungsboot „Königin Wilhelmina“ aus Stellingen in Sicherheit gebracht worden. Da die „Königin Wilhelmina“ während des gestrigen Rettungsversuches auf einer Sandbank strandete und heute früh bei eintretender Flut wieder flott kam, hatte die Besatzung 17 Stunden ununterbrochen auf der flürmischen See zugebracht, als sie heute morgen auf erneute Dringende SOS-Rufe der Besatzung der „Balka“ sofort zu deren Rettung wieder ausließ. — Das Motorrettungsboot „Prins der Nederlanden“ von Hoek van Holland, das gestern in der Nähe des gestrandeten letzten Dampfers „Balka“ verunglückte, konnte noch nicht geborgen werden. Von der unglücklichen achtföpfigen Besatzung wurden inzwischen bei der Küste von Rodanje zwei Leichen angespült.

Die Ferngasleitung in Duisburg wieder gebrochen

Große Erregung in der Stadt
Duisburg, 17. Jan. In der Nacht zum Donnerstag wurde abermals eine schadhafte Stelle in der Ferngasleitung der Ruhrgebiet-G. entdeckt, die sich in der Straße am Ralfweg, etwa 80 Meter von bewohnten Siedlungen entfernt, befindet. Trotz dieser Entfernung sind die Anwohner aufgefordert worden, die Häuser zu verlassen.
In der Stadt Duisburg hat sich eine begreifliche Erregung der Bevölkerung bemächtigt und es kursieren Gerüchte, daß die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, einzumarschieren, um die Ferngasleitung soweit sie im Stadtgebiet Duisburg liegt, zu beschlagnahmen. Die schadhafte Stelle befindet sich wieder an einer Schweibnaht.

Flugverkehr der Luft Hansa nach Südamerika

Berlin, 17. Jan. Im Zusammenhang mit dem bekanntlich seit langem vorbereiteten Projekt der Deutschen Luft Hansa, im Frühjahr dieses Jahres mit einem der neuen Hoerbach-Flugboote vom Typ Romar einen Ozeanflug nach Südamerika durchzuführen, wird von Seiten der Luft Hansa folgendes mitgeteilt: Nachdem bereits im vorigen Jahre im Auftrag der Luft Hansa mit einem Dornier-Flugboot ein Erkundungsflug nach der spanischen Inseln unternommen worden ist, wo ein Hauptstützpunkt für einen späteren Südamerikaverkehr errichtet werden wird, sollen mit der „Romar“ in diesem Frühjahr Probeflüge nach den Kap-Verdiischen Inseln durchgeführt werden. Von hier aus wird dann der Ozeanflug entweder direkt zur südamerikanischen Küste oder unter Benützung des Stützpunktes auf der Insel Fernando Noronha angetreten werden. Durch zwei weitere Probeflüge dieser Art will man dann die Erfahrungen für einen späteren regelmäßigen Transatlantikverkehr sammeln, für den auch die zweimotorigen Flugboote der Dornier-Werke in Betracht kommen, deren erstes Modell dieser Art im Bau sind. Die Ägypten kommen als Stützpunkt für diesen transatlantischen Zweck überhaupt nicht in Frage.

Nicklin und Stürmel dank an die Wähler

Paris, 17. Jan. Die Autonomisten Nicklin und Stürmel haben an die Wähler des Wahlkreises Altkirch ein Danktelegramm gerichtet, in dem es heißt: Angesichts der stehenden Tätigkeit unserer Gegner und ihrer auf die niedrigsten Instenke spekulierenden Argumente wagten wir nicht, auf eine so hohe Stimmenzahl zu rechnen. Die im Sundgau und in Colmar gegebene Antwort ist die klare und deutliche Verurteilung der in unserem Lande verfolgten Regierungspolitik und vor allem ein scharfer Protest der Sundgau-Wähler gegen die Ungerechtigkeit der französischen Regierung, den Deputierten des Sundgauer Landes Mandat zu erteilen. Die Parole der Wahlen blieb: Amnestie! Der Ausgang dieser Wahlen wird endlich zur Durchführung der Reformen führen, die man uns so oft versprochen und niemals in die Tat umgesetzt hat.

Flamenzführer Dr. Borms aus der Haft entlassen

Brüssel, 17. Jan. Der Führer der flämischen Aktivisten, Dr. Borms, wurde am Donnerstagmorgen aus der Haft entlassen und begab sich von Löwen nach Antwerpen, wo er vorläufig bei Familienangehörigen wohnt. Nachdem Dr. Borms das Gefängnis in Löwen verlassen hatte, sandte er noch von der Stadt aus ein Telegramm an seine Frau nach Brüssel, in dem es heißt: „Ich bin frei, es lebe Flandern!“

Oberfinanzrat Dr. Paul Bang 50 Jahre alt

Berlin, 17. Jan. Der bekannte deutschnationale Politiker Oberfinanzrat Dr. jur. Paul Bang vollendet am Freitag sein 50. Lebensjahr.
Paul Bang wurde am 18. Januar 1879 in Meichen in Sachsen geboren. Er besuchte von 1898 bis 1902 Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Leipzig und Berlin und promovierte 1904 in Leipzig zum Dr. jur. Von 1902 bis 1906 war er Referendar in Dippoldiswalde, Delitzsch i. S. und Dresden, sodann bis 1911 Assessor und Hilfsrichter am Amts- und Landgericht Freiberg und wurde von da in das sächsische Finanzministerium versetzt, wo er auch während des Krieges tätig war. Nach dem Umsturz schied er aus politischen Gründen unter Preisgabe seiner Pension freiwillig aus dem Staatsdienst aus. Seitdem betätigt er sich politisch im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei. Er ist Mitglied der Hauptleitung des „Alldeutschen Verbandes“, des Präsidiums der „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ und Begründer des „Bundes für Nationalwirtschaft und Volksgemeinschaft“. Bang ist Mitverleger der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ und auch sonst vielfach praktisch politisch, wirtschaftlich und rechtswissenschaftlich schriftstellerisch tätig gewesen. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 wurde er von den Deutschnationalen für den Wahlkreis Ostpreußen an erster Stelle aufgestellt und auch gewählt.

Differenzierende Endlösung der Reichsreform

Vortragsabend des Bundes zur Erneuerung des Reiches

(Drahtmeldung unterer Berliner Schriftleitung)
Berlin, 17. Jan. Der Bund zur Erneuerung des Reiches hatte heute abend anlässlich seiner ersten Mitgliederhauptversammlung zu einer Zusammenkunft geladen.

Oberregierungsrat Adamek
auf den Teil der Bundesarbeit ein, der wohl die einmütige Zustimmung aller Kreise gefunden hat: Die Verteilung des bestehenden Reiches, besonders des Dualismus von Reich und Preußen, das völlig unabhängige Nebeneinanderarbeiten von Reichs- und Länderbehörden in den Ländern und Provinzen, das gleichberechtigte Nebeneinanderbestehen von Ländern in der Größe Preußens mit 40 Millionen Einwohnern und Schaumburg-Pfippe mit 48000 Einwohnern, das eine vernünftige Dezentralisation und einen gerechten Finanzausgleich verhindert.

Sobald beschäftigt sich der Vortragende mit den Haupteinwänden gegen die Vorschläge des Bundes, die man in die Schlagworte „Mischlösung, Mainlinie und Verschlagung Preußens“ zusammenfassen könne. Hierbei wies er darauf hin, daß das

was das Reich gegenüber der Bismarckschen Reichsverfassung seit 1919 mehr an Zuständigkeiten auch im Süden bekommen habe, in allen wesentlichen Bestimmungen erhalten bleiben müsse.

Er sehe es auch für kein Unfall an, daß an dem unmittelbar verwalteten Reichsgebiet sämtliche Länderregierungen beteiligt seien. Lasse man denjenigen Ländern, die wohlhabender und leistungsfähiger Verwaltungsbezirke seien, das, was sie noch an Zuständigkeiten auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, Schule, Justiz, und vielleicht auch Polizei haben, so möge man dies

erweiterte Selbstverwaltung oder eine Art Eigenstaatlichkeit

nennen. Eine Forderung in dem Verhältnis zum Reich trete deshalb nicht ein. Der Redner hielt es ferner für selbstverständlich, daß für den gesamten Norden die Polizei auf das Reich übertrage, daß aber für den Süden kein zwingender Grund vorliege, diesem eine Reichsjustizverwaltung aufzuzwingen. Auch für die innere Verwaltung und Justiz lägen die Verhältnisse ähnlich. Im Norden müsse die Polizei schon wegen des Dünens, des Ruhrgebietes und Mitteldeutschlands stärker zentralisiert bleiben als im Süden.

Besonders interessant war der Teil der Ausführungen des Redners, in denen dieser auf die Vorschläge des Reichsjustizministers Koch-Weser, des Ministerialdirektors an der sächsischen Gesandtschaft zu Berlin, Dr. Pöschke-Destler, und des Ministerialdirektors Brecht einging und im einzelnen ausführte, inwiefern eine weitgehende Annäherung in bezug auf die

Notwendigkeit der Differenzierung

erfolgt sei, so daß Dr. Pöschke-Destler nicht mit Unrecht von einer ziemlich abgeschlossenen Einheitsfront gesprochen hätte. Wenn Dr. Pöschke-Destler sich an dem Ausdruck „Reichsland“ koste, so lasse sich darüber reden. Eine besondere Bezeichnung müsse man dieser Gesamtheit schon aus gesetzlichen Gründen geben.

An den Vortrag schloß sich eine Aussprache, in der u. a. der Damburger Bürgermeister Dr. Petersen, Landesrat Dr. Lieb und der frühere bairische Minister Dr. Schwener das Wort ergriffen. Besonders hervorzuheben waren die Bemerkungen eines Grundbesizers aus der Provinz Sachsen, der darauf hinwies, daß

die Landwirtschaft, insbesondere in Preußen, durch das unerträgliche Nebeneinander des Reichs- und Landesministeriums und des preussischen Landwirtschaftsministeriums schweren Schaden erlitten.

Er habe nachgeprüft, daß bei der Umschuldungsaktion, die durch das Notprogramm der Reichsregierung in Angriff genommen worden sei, von den Bauern nicht weniger als fünfzehn verschiedene Behörden in Anspruch genommen werden müßten. Das habe dazu geführt, daß ein großer Teil der Bauern infolge des Verwaltungsirrwahrs lieber davon Abstand genommen hätte, sich die Vergünstigungen des Notprogramms zugute kommen zu lassen. — Die Aussprache schloß mit einer temperamentvollen Auseinandersetzung zwischen einem radikalen Gegner des Reichsrenewerungsbundes, dem Zeitungserleger Badmeister, und dem Reichsfinanzler a. D. Dr. Luther selbst.

Als besonders interessanter Punkt sei das Argument Dr. Luthers vermerkt, daß die Minderheitenfrage von der preussischen Regierung auf dem Wege einer Verordnung geregelt worden sei, während gleichzeitig die Reichsregierung keinerlei Kompetenz habe, in eine Regelung einzugreifen, die ein maßgeblicher Faktor der deutschen Außenpolitik sei.

Heißes Experiment zur Reichsreform

Berlin, 17. Jan. Einer Einladung des Frankfurter Clubs für Industrie, Handel und Wirtschaft folgend, hielt vor einigen Tagen der Reichsminister Severing in Frankfurt a. Main einen vertraulichen Vortrag über die Reichsreform wobei er seine Ansicht über dieses Problem darlegte und auch einen Ueberblick gab über das bisherige Ergebnis der Arbeiten der von der Länderkonferenz eingesetzten Kommissionen. Die Antwort Severings soll zugleich eine Antwort auf die heftige Reaktion gewesen sein, die sich besonders in jüngster Zeit mit der Frage des Einheitsstaates stark beschäftigte. Severing hielt, wie über seinen Vortrag verlautet, angesichts der Finanzlage des

Reiches die Frage der Reichsreform für außerordentlich brennend.

Wie es im übrigen heißt, will der Sozialdemokratie angehörende heftige Innenminister Leuschner jetzt einen konkreten Reichsreformvorschlag der Öffentlichkeit unterbreiten. Leuschner schlägt danach vor, im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet einen praktischen Versuch mit dem Aufbau des zentralisierten Einheitsstaates zu machen. Aus dem Freistaat Hessen und dem organisch im gleichen Wirtschaftsgebiet am Rhein-Main-Dreieck liegenden Teil der preussischen Provinz Hessen-Nassau soll nach dem Vorschlag ein in sich abgeschlossenes Verwaltungsgebiet geschaffen werden, das nicht mehr ein eigenes Land in bisheriger Sinne bleiben, zugleich aber auch keine preussische Provinz werden soll. Hessen und Preußen sollen gleichzeitig auf bisherige Vorrechte verzichten, um die künftige Mittelinstanz des dezentralisierten Einheitsstaates auszubauen. Leuschner will in erster Linie die Mainlinie überbrücken, die sich gegenüber allen bisherigen Reichsreformbestrebungen immer deutlicher als großes Hindernis erweist. Am der Einheitsidee zu dienen, soll Hessen vor allem auf sein Parlamentsverzicht. Das Reich würde dessen Verwaltungsfunktionen übernehmen, und wenn auch Preußen auf einen Teil seiner Provinz Hessen-Nassau verzichten müßte, würde sein Einfluß dennoch bis an die baltische Grenze heranreichen. Es handelt sich somit bei den Plänen Leuschners um die Schaffung einer Provinz Großhessen mit der Stadt Frankfurt a. Main.

Eine Rundgebung für die Eigenstaatlichkeit Thüringens

Weimar, 17. Jan. Die deutschnationale Landtagsfraktion veröffentlicht eine Rundgebung, in der es u. a. heißt: Die Pflicht der Verantwortlichen für die Zukunft des Landes Thüringen und die Sorge um die Sicherung einer geordneten Finanzwirtschaft zwingen vor Beginn des neuen Haushaltsjahres zu einer gewissenhaften Prüfung der Frage, ob und wie Thüringen seine Lebensfähigkeit als Eigenstaat erhalten kann. Der Ernst der Finanzlage der laufenden Verwaltung stehe außer Zweifel: Seit 1926 schließt der ordentliche Haushalt mit einem jährlich steigenden Fehlbetrag. Ebenso trübe sei das Bild des außerordentlichen Haushalts. Der Finanzausgleich sei gerade für Thüringen besonders ungünstig. Die Ausgaben müßten beschränkt und die Verbilligung der Verwaltung zielbewußt durchgeführt werden. Es müßte jedoch erwartet werden vor einer Ueberspannung der Bindungen an das Reich und einer Ueberhöhung der Ersparnisse. Als sicherer Weg zur Lösung der thüringischen Finanzkrise werde von verschiedenen Seiten der Anschluß an Preußen empfohlen. Dieser Plan sei geeignet, Verwirrungen zu stiften. Ein solcher Anschluß lasse sich nicht von heute auf morgen durchführen, komme also für eine Heilung der gegenwärtigen Finanznot Thüringens nicht in Betracht, ganz abgesehen davon, daß kurzzeit auch die Lage der preussischen Staatsfinanzen bevorstehend sei. Im Falle des Anschlusses würden die Staatseinnahmen aus dem thüringischen Gebietsteil auf den preussischen Staat gebracht, d. h. die Einnahmen aus der Grund-, Gewerbe- und Aufwertungssteuer und aus den Schulgebühren ganz wesentlich erhöht werden. Wenn Thüringen diese finanziellen Opfer, die ein Anschluß an Preußen von seiner Bevölkerung verlange, für sich selbst lebensfähig. Rehnliche Erwägungen sprächen auch gegen den Gedanken einer Verschmelzung mit dem Freistaate Sachsen. Vor Teilösungen sei zu warnen.

Fahrpreisermäßigung der Bahn für Kriegsbeschädigte und Kinder

Berlin, 17. Jan. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat soeben zwei Verfügungen herausgegeben, durch die im wesentlichen die letzte Tarifserhöhung, wenigstens für Kriegsbeschädigte und erholungsbedürftige Kinder, wieder ausgeglichen wird. Die Reichsbahn hebt die Preisermäßigungen auch auf die Kriegsbeschädigten aus, die auf Grund des sogenannten Härteparagrafen vorzugsberechtigt sind. Das sind diejenigen, die nachträglich eine Anerkennung von Körperschäden und Krankheitsanfall mit dem Kriege zusammenhängend befristet erhalten haben. Noch weitgreifender ist die Ermäßigung der Fahrpreise für zur Verschickung gelangende Kinder. Sie müssen den vierten Teil des Fahrpreises der 3. Klasse entrichten, zahlen aber fortan nur den halben Schnellzugzuschlag.

Lessing-Silbermünzen

Beschlüsse des Reichsrats

Berlin, 17. Jan. Der Reichsrat nahm den Entwurf eines Arbeitsbeschäftigungsgesetzes gegen die Stimmen von Bayern, Württemberg und Westfalen an. Die Ausschüsse des Reichsrats haben eine Bestimmung eingefügt, wonach der Arbeitsminister für kleine Betriebe, die in der Regel nicht mehr als fünf Arbeitnehmer beschäftigen, die Arbeitszeit abweichend von den allgemeinen Bestimmungen regeln kann.

Der Reichsrat erklärte sich weiterhin damit einverstanden, daß wesentliches des 20jährigen Geburtsjahrs Festins Reichs-Silbermünzen als Gedenkmünzen ausgedrückt werden, mit dem Kopf Lessings.

Angenommen wurde schließlich noch ein Gesetzentwurf, der bezweckt, die über große Zahl der Wartgeldempfänger, namentlich aus der Abbaueit, herabszusetzen, eventuell auch durch Zwangspensionen.